

Die Nahrungsmittelversorgung.

N. Berlin, 15. März. (Priv.-Tel.) Dem Reichstag ist wie vor jeder neuen Tagung wiederum eine Denkschrift über die wirtschaftlichen Maßnahmen anlässlich des Krieges zugegangen. Darin werden Ermächtigungen zu den Verordnungen gegeben, die in der Zwischenzeit zur Regulierung unseres Wirtschaftslebens erlassen worden sind. Vorangestellt ist der Denkschrift ein Ueberblick über die Nahrungsmittelversorgung, in der darauf hingewiesen wird, daß der Zeitabschnitt der letzten drei Monate auf dem Gebiete der Nahrungsmittelfürsorge angespannte organisatorische Arbeit aller Stellen gehabt habe, und dann wird lobend die Tätigkeit des neu errichteten Beirats für Volksernährung, der aus 15 Mitgliedern des Reichstages besteht und seit Beginn des Jahres 1916 wöchentlich eine Sitzung abhält, hervorgehoben. Beachtenswerte Anregungen aus den Kreisen der Beiratsmitglieder seien bereits unmittelbar für die gesetzgeberischen Arbeiten verwertet, teils an die Bundesregierungen zur ferneren Verfolgung weiter gegeben worden. In dem Bericht heißt es dann weiter:

Daneben hat die Reichsprüfungsstelle für Lebensmittelpreise im Verein mit den Landes- und örtlichen Preisprüfungsstellen ihre Arbeiten fortgesetzt. Die wichtigsten Lebensmittel wurden in Bezug auf ihre Preisgestaltung dauernd unter Beobachtung gehalten. Gegebenenfalls wurde versucht, die Unterlagen für eine angemessene Bildung der Preise von der Erzeugung bezw. Einfuhr an bis zu ihrer Ueberführung an den Verbraucher der Bevölkerung festzustellen. Das System der Höchstpreise ist in zahlreichen Neuverordnungen planmäßig weiter ausgebaut, zugleich aber ist versucht worden, die Härten, die dieses System nicht nur für Erzeuger und Händler, sondern auch für die Verbraucher leicht im Gefolge haben kann, durch die Zulassung geeigneter Ausnahmebestimmungen zu mildern. Weiterhin haben die Erfahrungen der Praxis immer deutlicher gezeigt, daß eine wirksame Höchstpreispolitik nur entweder in Verbindung mit einer öffentlichen Bewirtschaftung der beschlagnahmten und enteigneten Nahrungsmittel oder aber mit einer planmäßigen Organisation ganzer Berufsgruppen von Erzeugern und Händlern durchführbar ist. Aus diesem Gesichtspunkte heraus sind in der Verichtszeit neben neuen gesetzgeberischen Bestimmungen auch umfassende Maßnahmen zur Organisation einzelner Wirtschaftszweige in Angriff genommen worden.

So sind in Verwirklichung der früher erlassenen Bestimmungen über die Versorgungsregelung, über die bereits in der letzten Denkschrift berichtet ist, umfassende Versuche auf dem Gebiete der Viehversorgung gemacht worden. Zunächst sind in Preußen die Viehhändler provinzweise zu Zwangsverbänden und diese wiederum zu einem Zentralverband zusammengeschlossen, denen unter obrigkeitlicher Einwirkung die Regelung der Preise und die zweckmäßige Verteilung der aufgekauften Viehbestände zur gleichmäßigen Befriedigung des Verbrauches der verschiedenen Bezirke übertragen sind. In den anderen Bundesstaaten sind auf dem Gebiete der Viehversorgung organisatorische Maßnahmen zum Teil auf der gleichen, zum Teil auf einer im Endzweck ähnlichen Grundlage getroffen worden oder in Vorbereitung. Die vollständige Regelung des Verkehrs von der Erzeugung oder Einfuhr bis zu ihrem Uebergang in die Hände des Verbrauchers unter gleichzeitiger Festsetzung von Höchstpreisen ist bei einigen der wichtigsten Nahrungsmittel eingeleitet. Ein Beispiel für die Durchführung einer solchen Regelung bietet in der Berichtsperiode der Verkehr mit ausländischer Butter, deren Einfuhr in der Hand der Zentraleinkaufsgesellschaft zusammengefaßt ist und deren planmäßige Verteilung bis zum Verbraucher unter Feststellung eines einheitlichen Verteilungsplanes für das ganze Reichsgebiet erfolgt. Für den Verkehr mit inländischer Butter ist der gleiche Weg insofern beschritten worden, als die Zentraleinkaufsgesellschaft der Anspruch auf Lieferung eines bestimmten Teiles der Buttererzeugung aller deutschen Großmolkereien erhalten hat und diesen Anteil nach dem gedachten Verteilungsplan verteilt. In beiden Fällen ist den butterbeziehenden Gemeinden die Verpflichtung auferlegt, den weiteren Vertrieb an die Verbraucher durch Butterläden zu regeln. Auf diesem Wege einer planmäßigen Verteilung der vorhandenen und anfallenden Vorräte unter genauer Begrenzung des Anteils jedes einzelnen Verbrauchers wird sich dem Bedürfnis und den Möglichkeiten folgend auch bei anderen wichtigen Lebensmitteln der volkswirtschaftlich und sozialpolitisch wünschenswerte und gerechte Ausgleich zwischen den Ansprüchen aller Kreise der Verbraucher erzielen lassen, wie er bereits bei Versorgung mit Mehl und Brot mit Erfolg durchgeführt ist.

Immer wieder muß daran erinnert werden, daß eine weitere Erschwerung und Vertiefung der gesamten Lebenshaltung notwendige Begleiterscheinung jeder Kriegszeit sind und daß die einschlägigen Verhältnisse in den feindlichen, aber auch in den meisten neutralen Ländern Europas gegenwärtig ein ähnliches, vielfach aber ein sehr viel ungünstigeres Bild bieten als in Deutschland. Die Erfahrungen der deutschen Kriegswirtschaft haben mit zunehmender Klarheit gezeigt, daß die Probleme unserer Volksernährung in überwiegendem Maße Verteilungsprobleme sind. Eben hierin liegt ein außerordentlich ermutigender Umstand, der uns hoffen läßt, daß wir mit einer stetig sich verbessernden Organisation der Schwierigkeiten dauernd Herr werden. Dazu darf eine fortschreitende Erleichterung der Nahrungs- und Futtermittelversorgung von zwei Seiten her erwartet werden. Einmal nämlich hat in den letztvergangenen Monaten im Zusammenhang mit der außerordentlich günstigen politisch-militärischen Entwicklung sich die Einfuhr namentlich von wichtigen Futtermitteln erheblich gehoben. Es sind hierbei wie auch in anderen Zweigen der Versorgungsregelung immer deutlicher die überwiegenden Vorzüge einer strikten Zentralisierung zutage getreten. Aber auch die inländische Erzeugung zeigt trotz ihrer naturnotwendigen Erschwerung durch die Kriegsverhältnisse an immer neuen Beispielen, daß es der deutschen Wissenschaft und Technik im Verein mit unserer hochentwickeltesten Landwirtschaft gelingt, auch auf dem Gebiete der Nahrung und namentlich der Futter-

mittel durch die Entdeckung und Ausbarmachung geeigneter Ersatzstoffe neue Werte zu schaffen. Damit wird, wie bereits in der letzten Denkschrift betont ist, nicht nur das Durchhalten während der Kriegszeit erleichtert, sondern eine dauernde Bereicherung der deutschen Volkswirtschaft herbeigeführt.

Diese wirtschaftlichen Fragen zeigen außerordentliche Vielgestaltigkeit und lassen eben deshalb sich nicht in ihrer Gesamtheit von einer Zentralstelle aus lösen. Den Landesregierungen und den örtlichen Verwaltungen, insbesondere den Gemeinden, bleiben mannigfache Aufgaben von starker Wichtigkeit vorbehalten. Wie bereits in der Rede des Stellvertreters des Reichskanzlers im Reichstag vom 11. Januar nachdrücklich hervorgehoben worden ist, gibt schon die bestehende Gesetzgebung namentlich durch die Verordnungen über die Versorgungsregelung den Gemeinden überaus weitgehende Befugnisse, zu deren umfassender Ausübung sich diese in allen Fällen entschließen müssen, in denen die Verschiedenartigkeit der örtlichen Produktionsbedingungen, die Mannigfaltigkeit der Formen des Handels und der Versorgung des betreffenden Marktes, sei es aus dem Inland, sei es aus dem Ausland, einer Zentralregelung durch den Bundesrat oder die Reichsleitung entgegenstehen. Sind erst einmal örtliche Regelungen durchgeführt, so wird sich vielleicht leichter die Möglichkeit eines weiteren Zusammenschlusses oder einer allgemeinen Zentralisation finden. Aber über die Tätigkeit aller amtlichen Stellen des Reiches, wie der Bundesstaaten und der Gemeinden weit hinausgehen muß — wie gleichfalls in der soeben angeführten Rede mit Nachdruck betont ist — in immer umfassenderem Maße eine bewußte Mitarbeit der großen Kreise der Bevölkerung, der Erzeuger und des Handels sowohl als der Verbraucher bei der planvollen Regelung unserer Nahrungsmittelversorgung Platz greifen.

Bei einem solchen Zusammenarbeiten wird sich das Ziel der gesamten nationalen Ernährungs politik, das unbedingte Durchhalten bis zum siegreichen Frieden mit Sicherheit erreichen lassen.